

# Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Hg. Durch Ausdräger 1,50 Mk. für die Woche 6,10 Mk. für den Monat 18,30 Mk. für den Vierteljahr 45,75 Mk. für den halben Jahr 89,25 Mk. für den Jahr 178,50 Mk. Verlags- und Postamt: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Breslau. Verlags- und Postamt: Ring Nr. 8837.

Dienstag, 4. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,30 Mk., auswärts 0,40 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Beklame: Die Millimeterzeile, Spalten oder deren Raum im Text 2.- Mk.

## Wie wird der Bürgerkrieg verhütet?

Die Reichstagsdebatte am Freitag ließ deutlich verspüren, daß das eigentliche Geschäft, nämlich der Schacher um die Regierungsgewalt in Preußen und im Reich, hinter den Kulissen vorgeht. Was vor den Kulissen geschah, war nur der Donner, und auch dieser Donner war sehr gedämpft. Es war der Donner, der den Rückzug verschleierte. Bei diesem Schachspiel wurden aber allerlei halbe Geheimnisse der Kleinbürgerlich-demokratischen Politik ausgeplaudert, die die Beachtung der Arbeiterklasse verdienen. Der deutschnationale Hergt plauderte aus, daß der tapfere Reichskanzler in vertraulicher Sitzung der Rechten gesagt habe, die Ebertsche Ausnahmeverordnung sei nötig, um die „zweite Revolution“ zu verhüten. Im übrigen trat auch Herr Hergt einen Rückzug an, den Rückzug auf den berühmten „Boden der Verfassung“, auf dem die Konterrevolution immer dann steht, wenn sie besondere Leistungen vorhat. Der deutschnationale Führer schloß mit einer Aufforderung à la Kitzinghausen: „Man möge eine gemeinsame Grundlage für die Zusammenarbeit aller schaffen (auch der Deutschnationalen also). Die kleinen Zwischenfälle, wie die Tötung von politischen Morden, die monarchistischen Nordorganisationen usw. seien auf das Konto einer „Mitarbeiter“ zu schreiben, die mit den Deutschnationalen nicht zu tun hat.“ Dieser Schachzug ist sehr geschickt und er wird den Deutschnationalen ermöglichen, gestärkt durch die Gelder der Großindustrie und der Banken, gedeckt durch die neue Regierungskoalition, die im Werden ist, ihre Arbeit der Organisation der Konterrevolution mit verstärkter Kraft fortzusetzen. Der Reichskanzler Wirth bestätigte seinerseits das halbe Geheimnis, das Hergt zum besten gegeben hatte.

Die Bewegung der Massen, die nach dem Mord an Erzberger aufmarschiert waren, mußte „in friedliche Bahnen“ gelenkt werden, und darum mußte Wirth ein faules Kompromiß mit Bayern und der übrigen monarchistischen Konterrevolution abschließen. Wirth räumte sich geradezu den Rückzug ein, er angetreten hat. „Es ist ein guter, ein kluger Rückzug“, und das hohe Haus zeigte sich sehr befriedigt darüber, daß der brüllende Löwe der Kleinbürgerlichen Demokratie auch den von Kitzinghausen gerühmten „Friede des Löwen“ hat, nämlich, „den König nicht anzugreifen. Sonst kündete Herr Wirth noch an eine Hilfsaktion für die Mittelschichten und für die Arbeitslosen. Da die Gelder dazu nach den Absichten der Regierung aus den Taschen der Mittelschichten und der Arbeiter gezogen werden, so ist das eine Hilfsaktion, die die Bourgeoisie sich wohl leisten kann. Der Vorkämpfer der Kleinbürgerlichen Demokratie beschränkte seinen Kampf gegen die Monarchisten auf eine Moralpredigt an die Deutschnationalen. Die gut monarchistischen Reichswehr- und Schupooffiziere, die Richter und Staatsanwälte werden natürlich über solche moralischen Zumutungen vergnügt grinsen. Ditmanns Anlagerebe gegen die Deutschnationalen wiederholte die bekannten Anklagen. Von wirklichen konkreten Kampfmaßnahmen gegen die Konterrevolution war wenig darin zu finden. Scheidemann donnerte ebenfalls gegen die Deutschnationalen und er gab seinerseits als das halbe Geheimnis des Rückzugs der SPD. zum besten, daß die Regierung habe einzugreifen müssen, damit es nicht zum Bürgerkrieg komme.

Von den Unabhängigen, den Kommunisten und den Deutschnationalen wird die Aufhebung des Erlasses vom 29. August verlangt. Unabhängige und kommunistische Anträge verlangen die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes, Reinigung der Verwaltung unter entscheidender Mitwirkung der Arbeiterklasse, Freilassung aller gefangenen revolutionären Arbeiter. Ein kommunistischer Antrag verlangt ferner die Aufhebung der Vollstreckung in Bayern und des preussischen Schießerlasses. Die Unabhängigen haben schließlich ein Gesetz zum Schutze der Republik eingebracht, das die Dienstentlassung monarchistischer Beamten und Offiziere, die Aufhebung von Sondergerichten, die alleinige Rechtsprechung durch Schwurgerichte, die Konfiskation des Vermögens der früheren Dynastien verlangt.

Die kommunistischen Anträge werden die groß- und kleinbürgerlichen Parteien zwingen, Farbe zu bekennen, ob es ihnen ernst ist mit der Demokratisierung und Republikanisierung der Staatseinrichtungen.

Zweifellos wirkt auf große Teile der Arbeiterklasse fast der Gedanke, daß man, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, noch einmal versuchen soll, auf parlamentarischem Wege der Konterrevolution die Klauen zu locken. Die Spekulation auf diese Illusion breiter proletarischer und halbproletarischer Massen ist der stärkste Trieb der demokratischen Kleinbürger à la Scheidemann, Wirth und Konsorten. Aber wie vermeiden sie den Bürgerkrieg? Es ist nach Gefühl und nach diesen Reichstagsreden ganz klar, daß die demokratischen Kleinbürger die ernstliche Auseinandersetzung mit der Konterrevolution dadurch umgehen, daß sie sich ihr unterwerfen, daß sie die

Bedingungen weiter bestehen lassen, unter denen die staatlichen und die außerstaatlichen Organisationen der Konterrevolution weiter ausgebaut werden können. Was nützt selbst der schönste Gefehtentwurf, der die Reichs- und Landesregierungen ermächtigt, monarchistische Beamte zu entlassen, wenn es in ihrem Belieben steht, davon Gebrauch zu machen oder nicht? Der unabhängige Ditmann betonte mit Recht, daß der einzige wirkliche Schutz der Republik die Arbeiterklasse ist. Aber man vermischt jeden Versuch in den Anträgen der Unabhängigen, die Mitwirkung der Arbeiterklasse bei der Reinigung der Staatsorgane von monarchistischen Elementen zu sichern.

Und dazu kommt noch eins und zwar das Entscheidende. Das Bündnis der demokratischen Kleinbürger mit der Großbourgeoisie, mit der Stinnespartei ist im Werden. Der Sinn dieses Bündnisses ist die Abwälzung der Wiederherstellungslasten auf die breiten Volksmassen, ist der Kampf des Kleinbürgertums an der Seite der großen Bourgeoisie gegen diese Volksmassen, die sich gegen die

weitere Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zur Wehr setzen müssen. Aber man kann nicht zusammen mit dem Großkapital einen Schutzwall gegen die leidenden Volksmassen bilden und den letzten und stärksten Schutzwall der bürgerlichen Klassenkräfte, die reaktionären Beamten und Offiziere, abtragen. Es ist so klar wie das Wasser, daß im Bunde mit Stinnes nur eins geschehen kann und geschehen wird, nämlich die Stärkung der Reaktion.

Das Ausweichen der demokratischen Kleinbürger vor dem „Bürgerkrieg“, d. h. vor der ernsthaften Niederzwingung der Gegenrevolution, muß die Arbeiterklasse damit bezahlen, daß dieser Gegenrevolution freie Hand gelassen wird, ihrerseits mit aller Macht die Organisation des Bürgerkrieges fortzusetzen.

Auch der deutschnationale Hergt steht auf dem „Boden der Verfassung“, auf demselben Boden, auf dem Stinnes steht. Das besagt in aller Form, daß das alte gute Verhältnis mit den Stinnesleuten und den Lubaudorffleuten neu hergestellt wird.

## Der Erzbergermord, die Ebertverordnung und Orgeßbanern vor dem Reichstag.

Reichstagsitzung vom Freitag, 30. September.

In der gemeinsamen Beratung über die Anträge der kommunistischen Fraktion, die die Aufhebung der Verordnung der Reichsregierung vom 29. August dieses Jahres, die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Vollstreckung in Bayern, die Freilassung aller politischen Gefangenen, Maßnahmen gegen die Reaktion verlangen, ferner über die Anträge der Unabhängigen, ebenfalls die Aufhebung der Verordnung vom 29. August betreffend, und deren Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik und den Antrag der deutschnationalen Fraktion, der die Aufhebung der Regierungsverordnung vom 29. August dieses Jahres verlangt, spricht als erster Abg. Hergt (D. Natl.): Wir stehen auf verfassungsmäßigem Boden. Wir protestieren dagegen, daß uns irgendwelches Material an die Reichshöhe gehängt wird, das Kreise kompromittiert, die ultra rechts stehen, noch rechts von uns. (Lachen links.) Der Reichskanzler selbst weiß doch, daß es Nationalsozialisten gibt, mit denen wir im schärfsten Kampf stehen. Also nur nicht Fechtturnstüchchen! (Schallendes Gelächter links.) Gewalttaten über Gewalttaten gegen Deutschnationale haben wir erlebt, die an die Christenverfolgungen erinnern. Dabei haben wir mit der Nordtat und mit der Hebe zur Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen absolut nichts zu tun. Jeder, der sich an einem Mord beteiligt, schließt sich damit, sollte er auch zu uns gehört haben, aus der Partei aus. Das Gesetz sollte gegen links angewandt werden. Wir haben zentnerschweres Material gegen links, besonders gegen die Kommunisten. In Bayern sind Verhältnisse, die jeder als Ordnungserhaltung empfinden muß. Die Verordnung des Reichskanzlers wurde daher dort mit Recht als Brüskierung empfunden. Die Regimentärseite haben einen guten Kern. Es kommen nur hier und da Ausschreitungen vor. Die Regierung hat gewiß nicht dieselbe Meinung über die Feste, wie die Sozialdemokraten. Fragen Sie nur einmal den Herrn Minister Geßler. Die Verordnung hebt die Versammlungsfreiheit und die Freiheit der Presse auf. Daher weg mit ihr! Wir stehen vor einer neuen Koalition, schaffen Sie eine Grundlage, auf der endlich wieder ein gemeinsames Zusammenarbeiten zum Wohle unseres Vaterlandes für uns möglich ist. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Ditmann (USP.): Wir nehmen Hergts Kohlenstaubversicherung nicht ernst. Ein raffiniertes System persönlicher Hebe in der deutschnationalen Presse und ihren Versammlungen schafft die nötige psychologische Stimmung für Irgeß und politische Morde. Nur durch die arbeitende Klasse kann die Reaktion niedergehalten werden. Auf die Arbeiter muß sich die Reichsregierung stützen. Tut sie es nicht, so werden die Massen den Kampf fortsetzen, wenn nötig, gegen die Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth: Die ganze heutige Situation ist nur als ein Rückzug der Reichsregierung bezeichnet worden, als eine Art Schamade. Ich bin dankbar für diese Kennzeichnung der Situation. Die bayerische Frage ist zum Abschluß gekommen, was in weiten Kreisen Deutschlands sicher mit großer Befriedigung aufgenommen worden ist. (Ausrufung.) Die Verhandlung mit der bayerischen Regierung, das Herberkommen des Grafen Lerchenfeld, für das ich ausdrücklich dankbar bin, die lebendige Fühlungnahme, hat in so kurzer Zeit zu einem positiven friedlichen Ergebnis geführt, daß ich nur wünschen kann, daß diese Praxis in Zukunft eingehalten werden möge. Nun fragt es sich, wie es mit dem bayerischen Belagerungszustand werden soll. Wir haben ein Kompromiß geschlossen. Es ist als ein Rückzug bezeichnet worden.

Aber ein kluger Rückzug, der zur Zufriedenheit führt, ist doch noch besser, als eine verlorene Schlacht, die alles vernichtet. Ministerpräsidenten. Ich habe von der bayerischen Regierung, wie von Vertretern der Parteien das Versprechen bekommen, daß gebrochen werden soll mit dem, was bisher teilweise üblich gewesen ist. Und wenn es nun heute hier heißt: Wir treten den Rückzug an... meine Herren, ganz andere habe den

Rückzug angetreten. (Sehr richtig!) Ueberlassen wir den Gesandtenprozessen, der im Süden des Reiches im Gange ist, der Bevölkerung selbst. Sind mußte jeder sein, der nicht merkte, daß aus der psychologischen Stimmung nach der Ermordung Erzbergers heraus eine große Bewegung einsetzte. (Widerspruch rechts.) Eine solche Bewegung mußte in ruhiges politisches Fahrwasser geleitet werden, zu einer friedlichen Demonstration gestaltet werden.

Für den Gedanken nationaler Tradition habe ich volles Verständnis. Ich weiß aber wirklich nicht, was in Tagen, in denen wir in schweren außenpolitischen Kämpfen stehen, gerade eine solche Feier bedeuten soll, wie die Sedanfeier in München. Seit Annahme des Ultimatus haben wir mit Besorgnis der Befehung folgen können, die in das deutsche Volk getragen wurde. Ist es nicht unsere Arbeit und zwar gerade die der nächsten Tage, die gewaltige Kluft zwischen rechts und links in unserer Mitte zu überbrücken, ist es nicht gerade der Sinn unserer Politik gewesen, dieses Auseinanderfallen nach rechts und links, dieses größte aller Unglücke, für unser Volk zu verhüten?

So sehr die Taten des Selbstschutzes anzuerkennen sind, so schmerzlich ist es, daß sich nun in die Reihen der edlen Kämpfer gerade die Geheimorganisationen mit ihren verbrecherischen Elementen herangemacht haben. Es handelt sich um eine größere Geheimorganisation zum Sturze der Verfassung. Von Schäften wie von Bayern her ist der Versuch vorbereitet gewesen, einen neuen Kapp-Putsch in Deutschland herbeizuführen. (Lebhaftes Hört, Hört! bei der Mehrheit.) Das Weitere überlassen wir der Justiz. (Lachen rechts.) Es ist unrecht, wenn man der Gesamtheit unserer Reichswehr Vorwürfe machen will, sie hätte die Politik der Regierung sabotiert. Die Stunde ist gekommen, wo wir für die Träger der mittleren Schichten, die nicht mehr im Produktionsprozess stehen und nur über ein bescheidenes Einkommen verfügen, auf Grund ihrer Lebensarbeit, unter allen Umständen eine größere Aktion unternehmen müssen. Dazu gehören auch die Arbeitslosen. Sie bedeuten eine Ausgabe von Milliarden, aber das ist nötig, trotz allem, was uns brückt, um in diesem Winter unser Vaterland vor den schwersten Schädigungen sozialer Art zu bewahren. Im Namen der ganzen Reichsregierung erkläre ich: Wenn wir die Arbeit überblicken, die seit dem Tage des Zusammenbruchs geleistet worden ist, so haben wir allen Anlaß, der deutschen Beamtenschaft für ihre Leistungen Worte warmer Anerkennung auszusprechen. (Beifall.)

Unsere Politik soll appellieren an alle Kräfte unseres Volkes, die Willens sind, dem politischen Ideal nachzugehen, die deutsche Republik vor Gewalt und Untergang zu bewahren.

Scheidemann (SPD): Es ist auf die Dauer undenkbar, daß die Führer bestimmter politischer Richtungen nach der Reihe abgeschossen werden, ohne daß die Anhänger dieser Richtung, die sich damit selbst getroffen fühlen, zur Abwehr schreiten. Eine Abwehr kann nicht ausbleiben, es fragt sich bloß, ob sie in gefühlige oder ungefühlige Bahnen gelenkt wird. Es war Pflicht der Regierung, diese Abwehr selbst in die Hand zu nehmen.

anzustatt den Gefühlen der Massen freien Lauf zu lassen. Das Letztere hätte zum Bürgerkrieg geführt. Wenn die Reichsregierung, um den politischen Neuschuldben einzubäumen, die Verordnung erließ, so billigen wir das, so wenig wir sonst für Ausnahmegeetze übrig haben. Helfen kann uns nur eine Abwehr aller Gewaltbestrebungen.

Die Einkehr der Deutschnationalen muß beginnen mit dem Eingehändnis, daß sie die Mitschuld tragen an Erzbergers Tod. Diesen Menschen haben Sie (nach rechts) auf dem Gewissen. (Lärm rechts.) Die Körper der Schulz und Tischen haben nur vollendet, was andere begonnen haben. Nicht nur an ihren Händen liegt das vergossene Blut.

Meine Rede, in der ich angeblich das Offizierskorps beschimpft haben soll, ist von einem Deutschen Nationalen, der hier sitzt, in der niederträchtigsten Weise gefälscht worden. Mir würde es niemals einfallen, einen ganzen Stand zu beschimpfen.

Das tut aber Oberst Bauer in seiner bekannten Schrift, wenn er sagt, daß die ganzen 500 Offiziere der Obersten Heeresleitung am 9. November sich gedrückt haben und nur noch drei Offiziere hinter dem obersten Kriegsherrn standen.

Wir Sozialdemokraten lassen uns an Liebe zu unserem Vaterlande von niemand überbieten. Aber wir tragen unsere Vaterlandsliebe nicht auf der Zunge, sondern im Herzen und arbeiten am Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Glauben Sie nicht, daß wir kein Verständnis haben für den Wunsch alter Soldaten, zusammenzukommen, um ihre Erlebnisse auszutauschen (1). Aber man sollte diese Veranstaltungen nicht so schändlich zur Verheerung mißbrauchen.

Wir haben das Vertrauen zu der Regierung Wirth, daß sie alles tun wird, um die Republik zu verteidigen und der Vergiftung des öffentlichen Lebens Einhalt zu tun.

Wir werden nicht dulden, daß diese Politik aufgegeben oder nach rechts abgedrängt wird, sondern dafür wirken, den bisherigen Kurs nur noch klarer und schärfer zu steuern.

Wer uns dabei helfen will, ist als Mitarbeiter willkommen. Wer uns dabei zu stören sucht, den betrachten wir als Feind. Mit Verordnungen allein ist nichts getan. Wir brauchen die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Reform der Justiz. Den Gesetzentwurf der Unabhängigen bitten wir dem Rechtsausschuß zu überweisen und werden dort Verbesserungsanträge stellen. Wir rufen alle, die guten Willens sind, zur gemeinsamen Arbeit auf.

Ein Vertragsantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 10 Uhr: Interpellation Bergt über die Salzwasserspekulation. Fortsetzung der Debatte.

## Der amerikanische Friedensvertrag vor dem Reichstag.

Nach Beantwortung einiger Keinen Anfragen kam der amerikanische Friedensvertrag zur Behandlung. Für die kommunistische Fraktion erklärte

Gen. Stöcker:

Durch den freiwirtschaftlichen U-Bootkrieg und den Größenwahn der militärischen Machtüber Deutschlands wurde es dem amerikanischen Kapital leicht gemacht, sich auch in den Weltkrieg zu wagen und eine gigantische Beute heimzuführen. Denn die Bankfürsten und Industriellen Amerikas sind die eigentlichen Sieger des Weltkrieges. Der Friedensvertrag paßt auf die 14 Punkte Wilsons, wie die Faust aufs Auge. Der vorliegende Friedensvertrag ist ein

hartes Diktat der Börsen von New York

und ihrer Handlanger im Weißen Hause von Washington, der dem deutschen Volke neue Lasten auferlegen wird. Sie stimmen diesem Diktat in derselben Erwartung zu, wie bei ihrer Zustimmung zum Vertrag von Versailles und dem Londoner Ultimatum, daß sie die gesamten Lasten wiederum auf die hilflosen Massen abwälzen werden.

Die SPD. hat das Diktat von Versailles und das Londoner Ultimatum abgelehnt. Wenn wir heute aus den gleichen Gründen diesem Friedensvertrag unsere Zustimmung verweigern, so selbstverständlich nicht deshalb, weil wir keinen Frieden mit dem amerikanischen Volke wünschen, sondern weil wir der kapitalistischen Bourgeoisie das Recht absprechen, über das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse zu verfügen. Wir lehnen diesen Friedensvertrag ab in

völliger Uebereinstimmung mit unseren kommunistischen Freunden in Amerika.

wenn ich nicht sehr irre, auch mit der Sozialistischen Partei Amerikas.

Die amerikanische Bourgeoisie denkt nicht an Frieden. Rindens wird maßlosnützig gerüht wie in Nordamerika. Die früher so bescheidene amerikanische Politik ist heute ein hartes Diktat geworden. Wir benutzen diese Gelegenheit, von einer europäischen Tribüne öffentlich

Protest zu erheben gegen die grausamen und barbarischen Unterdrückungsmaßnahmen des amerikanischen Kapitalismus gegen alle proletarischen Strömungen.

In keinem Lande der Welt herrscht das Kapital, herrscht die Börsen unumschränkter und grausamer als in dieser Arbeiterdemokratie. Solange das Kapital herrscht, ist ein wahrer Frieden unmöglich.

Der Vertrag wird hierauf in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion und der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft angenommen. Hierauf kommen die Interpellationen zur Beratung.

## Der Kampf um die Beute.

Der Kampf um die Beute der Regierungsposten ist in vollem Gange; zumeist hinter den Kulissen. Das Volk ist dabei nur passiv. Siehe den Beschluß der Berliner Parteioberorganisation der SPD., der folgenden Wortlaut hat:

Die heute, Freitag, tagende Versammlung der Berliner SPD.-Funktionäre spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Göttinger Parteitag im Hinblick auf eine eventuelle Koalition mit der Deutschen Volkspartei, denn nur um diese handelt es sich, allgemeine Grundzüge angenommen hat, die für eine Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien maßgebend sein können.

Die heutige Funktionärerversammlung kann eine außerordentlich kapitalistisch orientierte, vorwiegend arbeitgeberliche Partei, wie es die Deutsche Volkspartei ist, die dazu aus ihrer monarchischen Stimmung nie ein Fehl macht, niemals als koalitionsfähig angesehen für eine wahrhaft sozialistische und demokratische Partei, wie es die SPD. sein soll und muß.

Die Versammlung erwartet daher, daß die SPD. es nach wie vor ablehnen wird, mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung zu bilden.

Die Sache wird natürlich trotzdem nach allen Regeln des Schachzuges ausgehandelt. Jeder Teilhaber jähzelt, von dem andern aber's Ohr gebunden zu werden. Angeblühlich dreht sich die Balgerei um folgendes: Bei der Regierungsbildung in Preußen sind die Sozialdemokraten diejenigen, die Posten zu bekommen haben. Im Reich haben sie die Beute schon fast in Händen, während hier die Stinnespartei die wichtigste Beute zu bekommen hat. Also bemüht sich jetzt die Stinnespartei nach allen Regeln des Schachzuges zu verhalten, daß die Reichssozialisten die preussische Beute sei, zuerst sichern, ehe sie selber befristigt sind.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Stinnesche Leib- und Hauptblatt, schreibt dazu ganz im Stile des Schachzuges:

Es dürfte interessieren, daß die Verhandlungen, die beim Reichsanwalt stattfinden, eine gewisse Einigung ergeben haben. Aber doch nur eine Einigung in Fragen der äußeren und inneren Politik, während sich auf dem Gebiet der Steuerreform noch unüberwindliche Gegensätze geltend machen,

die bisher nicht ausgeglichen wurden. Der Sozialdemokratie liegt offenbar daran, die Regierungsbildung in Preußen möglichst umgehend unter Dach und Fach zu bringen, während sie für die Neubildung der Reichsregierung einen solchen Eifer nicht zeigt. Es ist das begreiflich, da ihr daran liegt, in Preußen in die Regierung hineinzukommen; im Reich dagegen ist sie bereits in der Regierung. Die drei bürgerlichen Parteien, Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei, scheinen aber nicht willens zu sein, diesen Intentionen der Sozialdemokratie nachzugeben. Insbesondere die Deutsche Volkspartei stellt sich auf den Standpunkt, daß die Umbildung der Regierung gleichzeitig und einseitig zu erfolgen hat.

Das Stinnesorgan bestimmt dann den Preis der preussischen Regierungsbeute für die SPD.: die Besteuerung der Sachwerte muß fallen!

„Daß von bürgerlicher Seite hier ein Nachgeben erfolgen kann“, schreibt das Stinnesblatt, „ist nicht zu erwarten. Die bürgerlichen Parteien vertreten, wie wir hören, den Standpunkt, daß ein Eingriff in die Sachwerte erst erfolgen darf, wenn eine unbedingte Sicherheit gegeben ist, daß die Reparationspflichten tatsächlich von uns erfüllt werden können. Diese Sicherheit besteht aber zur Zeit nicht. Auch die Sozialdemokratie dürfte das zugeben. Bevor aber hier keine Einigung erzielt ist, ist das Zustandekommen der Koalition im Reich ausgeschlossen.“

Und ohne Fallentlasten der Sachwertbesteuerung — keine preussischen Regierungsposten für die Sozialdemokratie. Die preussischen Regierungsposten der SPD. werden also von der Arbeiterschaft bar bezahlt werden müssen.

Auf der anderen Seite melden sich die Demokraten. Es scheint, daß man ihnen in Preußen nur das Handelsministerium lassen will. Das ist ihnen zu wenig. Sie lassen deshalb in der Presse erklären, daß sie in diesem Fall nicht mitmachen würden, sondern dann lieber das Rabinet von außen befehlen.

Das ist natürlich nur gewöhnlicher Handelstaktik. Frage: Wie viel will die Arbeiterschaft für einen demokratischen Ministerposten zahlen? Daß sie zahlen muß, ist selbstverständlich.

## Internationale Sammelwoche für die Russenhilfe.

Die internationale Konferenz, die auf Einladung des Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland am 12. September in Berlin tagte, hat unter anderem einstimmig beschlossen,

vom 9. bis zum 16. Oktober

eine besondere Internationale Russenhilfe- und Sammelwoche durchzuführen. Da die proletarische Hilfsaktion in den einzelnen Ländern nach verschiedenen Richtlinien und Methoden, mit verschiedenem Fleiß und Resultaten geführt wurde, ist den einzelnen Landesorganisationen und Hilfskomitees weitestgehend Spielraum in der Durchführung der Woche zugestanden worden. Die einzelnen Länder sollen je nach ihrer bisherigen Tätigkeit das Schwergewicht entweder mehr auf die Sammlung von Geld oder Produkten oder Gegenständen verlegen, in der Agitation mehr durch die Presse oder durch Versammlungen wirken. Wünschenswert ist, daß ein Tag der Woche als spezieller Sammeltag für Werkzeuge in allen Ländern bestimmt wird und daß die Agitation durch Versammlungen und Meetings, durch Licht- und Kinobilder befestigt wird.

Die durch gesteigerte Agitation und Sammelaktivität in dieser Woche in den breiten Massen geleistete Arbeit soll durch einen gleichzeitigen und gemeinsamen Vorstoß aller Arbeiterfraktionen in den Parlamenten unterstützt werden.

Den Landeszentralen gehen rechtzeitig ergänzende Mitteilungen und Verlagen zu. Wir rufen aber heute schon an alle Parteien, Arbeiterorganisationen und Arbeiter-Hilfskomitees die Bitte,

sofort und unmittelbar umfassende Vorbereitungen zur erfolgreichen Durchführung der internationalen Werbe- und Sammelwoche in ihrem Lande zu treffen.

Das Auslandskomitee

zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland.

## Die USP. in die Regierung?

Wie der sozialdemokratische Parlamentsdienst mitteilt, hat die sozialdemokratische Fraktion am Freitag in später Abendstunde folgenden Beschluß gefaßt:

Die sozialdemokratische Fraktion erklärt zur Frage der Umbildung der Regierung:

1. An einer Gesamtdemission des Kabinetts Wirth ist keine Bedenken. Es kann sich bei der evtl. Erweiterung der Regierung vielschicht um eine Umbildung des Kabinetts Wirth handeln.

2. Bevor die Umbildung der Regierung vorgenommen wird, muß eine Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erzielt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratischen republikanischen Staatsform und zu den Grundgesetzen der Republik zu ergänzenden Maßnahmen darlegt.

3. Eine Entscheidung über die evtl. Umbildung der Regierung kann die Fraktion erst fällen, wenn das gesamte Steuerprogramm vorliegt und so die Gestaltung der vorgeschlagenen Reformen sowie der besonderen Leistungen des Reiches zu erkennen ist.

Die Fraktion beschloß weiter, an den Vorstand der USP. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese evtl. bereit sei, in die Reichs- und die preussische Regierung einzutreten.

Die drei Punkte der sozialdemokratischen Reichsfraktion scheinen weniger als Grundlage zu den eingehenden Verhandlungen mit der USP., denn als Grundlage zu den Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei gedacht zu sein. Nachdem Herr Wirth schon erklärt hat, daß sein Kampf gegen rechts in einem Ringkampf bestünde, dürfte das Festhalten an seiner Position der Verhandlung mit der Stinnespartei nicht sehr erfolgreich im Wege stehen. Gegen republikanische Kandidaten, die den Kampf gegen seine Partei in Preußen in Rußland, in den, dürfte auch Herr Stinnes wenig einzuwenden haben.

Bei dem andern Punkt, über den eine Einigung bisher noch nicht erzielt ist, der Steuerreform, macht die SPD. einen deutlichen Vorbehalt. Sie ist bereit, alle eigenen Steuerforderungen zur Heranziehung des Reiches, der Sozialpolitik fallen zu lassen, und das seitlang bekannte Steuerprogramm der Regierung Wirth mit seiner unermöglichen Belastung der Arbeiterschaft zur Grundlage der neuen Finanzen zu machen. Unter diesen Umständen ist der Beschluß, an die Unab-

hängigen wegen einer gemeinsamen Regierungsbildung heranzutreten, nichts mehr als eine Scheinlösung an die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter. Die SPD.-Führer rechnen damit, daß die Unabhängigen wie bisher den Eintritt in eine Regierung mit den Bürgerlichen ablehnen werden, und denken dann, die Schuld für ihre eigene Kapitulation vor Stinnes in den Augen der Arbeiter den Unabhängigen zuschieben zu können.

Nachdem die Unabhängigen die Regierung Wirth seit ihrem Bestehen unterstützt haben, nachdem sie ihr zu Liebe jeden Kampf gegen die kapitalistische Regierung eingestellt haben, ist allerdings kein rechter Grund mehr zu sehen, weshalb die unabhängigen Führer diese Regierung ihres Vertrauens nicht heute durch ihren Eintritt in die Koalition haften sollten, es sei denn einer: ihre Angst vor den revolutionären Arbeitern in der USP. Diese Arbeiter haben gesehen, daß der Kampf für ihre Interessen niemals geführt werden kann, wenn in Rußland mit der Bourgeoisie, daß die Koalition mit der Bourgeoisie die Aufgabe ihrer Interessen voraussetzt, wie die SPD.-Arbeiter täglich mehr erkennen, daß die Koalition mit der Deutschen Volkspartei ihre Auslieferung an Stinnes und seine Beute bedeutet, daß das Proletariat, wenn es in geschlossener Front kämpft gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker, gegen die Stinnes und die Konterrevolution, sich nur selber helfen kann.

## Sozialdemokratische Stimmen gegen den Göttinger Beschluß.

Die auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei stehende Dresdener „Vollzeitung“ schreibt:

„Was sagte Hermann Müller? Die Politik sei keine Wissenschaft, sondern eine Kunst. Unserer Ansicht nach ist sie beides. Die Parteivorstandspolitik in Götting allerdings war weder das eine noch das andere. Nach ihr der Massentritt der gewaltigen republikanischen Septembervorbereitungen kaum verhält, noch ist in aller Öhren die scharfe Kampfanlage, die die Sozialdemokratie in den letzten Wochen an die offenen und verkappten Feinde der Republik und Demokratie richtete, da kommt ein sozialdemokratischer Parteitag, auf dem die Leitung der größten Arbeiterpartei eine monarchistisch durchseuchte Partei zur Regierungsbildung einläßt, statt die Macht und den Willen der republikanischen Massen gehörend in den Vordergrund zu rücken und zu sagen, daß wir, auf diese Macht gestützt, nur in eine auf entschiedener republikanisch-demokratischer Grundlage stehende Regierung eintreten können!“

In einer Sitzung der Düsseldorfener Funktionäre der SPD. erklärte der Parteisekretär Reuder:

„Die Kritik der Parteigenossen im Lande muß einsehen. Man darf nicht vergessen, daß die Deutsche Volkspartei bis zum heutigen Tage sich zur Monarchie bekennt, daß ihre ganze Politik bisher antirepublikanisch und antisozial abgestimmt war, daß die Trüstmagnaten, in deren Händen sich allmählich das ganze deutsche Volkvermögen zu akkumulieren droht, Parteigänger der Deutschen Volkspartei sind, daß Hugo Stinnes, der Deutsche Volksparteiler, vermöge seines ungeheuren Vermögens dabei ist, durch planmäßigen Kauf von verbreiteten Presseorganen die öffentliche Meinung im antisozialen und antirevolutionären Sinn zu beeinflussen. Eine solche Partei kann nicht die Bedingungen von Götting annehmen, ohne sich in der schamlosesten Weise zu prostituierten; tut sie es dennoch, dann ist Gefahr im Verzuge, dann muß das Proletariat wachsam sein, damit seine Vertreter nicht Beute eines Wolfes im Schafpelz sind. Betrachten wir die ganze Frage kühl mit dem Verstande und lassen wir das Gefühl zurücktreten. Wir dürfen den Kopf nicht hängen lassen.“

## Die SPD.-Bürokraten berufen sich auf Hilferding.

Die Münchener „Post“ schreibt über den Göttinger Beschluß:

Ein Artikel von Rudolf Breitscheid sagt geradezu, die Eindrücke vom Göttinger Parteitag seien niederschmetternd, würde es laufe die Sozialdemokratie einer Partei nach, die ihre Gegnerschaft gegen das Proletariat zur Genüge bewiesen habe. Die sozialdemokratische Partei habe die Einigung des Sozialismus auf unabsehbare Zeit unmöglich gemacht und auch die glücklich angebahnte Aktionsgemeinschaft aufs aller-schwerste gefährdet. Derselbe Breitscheid muß jedoch anerkennen, es sei das Zusammengehen mit bürgerlichen Gruppen nicht grundsätzlicher, sondern taktischer Art, es könnten Verhältnisse eintreten, in denen eine sozialistische Partei vorübergehend mit gewissen kapitalistischen Parteien eine Regierung bilden dürfte; dafür müßten aber bestimmte Bedingungen formuliert werden und die Sozialisten müßten sich stark genug fühlen, die Erfüllung dieser Bedingungen zu erzwingen. Breitscheid rechnet sogar der USP. als Fehler an, daß sie nach dem Kampfbuch nicht so verfahren sei. Ist das nicht eine Rechtfertigung für den Göttinger Beschluß?

Die SPD.-Bürokraten berufen sich auf Hilferding und Breitscheid. Sie haben recht. Nur die Haltung der USP.-Führer hat es ihnen ermöglicht, den Verrat von Götting zu begehen.

## Säuberung der Landespolizei in Sachsen.

Von der kommunistischen Fraktion des sächsischen Landtages ist folgender Antrag eingebracht worden: 1. Die Offiziere der Landespolizei sind in geheimer Abstimmung durch die Beamten der Landespolizei zu wählen. 2. Die Offiziere und Vorgesetzten haben sich auf Verlangen eines Drittels der Beamten der Landespolizei zur Wehrhaft zu stellen. 3. Offiziere und Beamte, welche reaktionären Vereinigungen angehören (Ordnung, Stahlhelm, Sträßer vom Stein usw.) sind sofort zu entlassen und gehen ihrer Pensionberechtigung verloren. 4. Bei allen Formationen der Landespolizei ist ein Beamtenauschuß zu wählen, für dessen Zusammenberufung allein das Vertrauen der Beamten entscheidend ist. Der Beamtenauschuß muß bei allen Fragen gehört werden, insbesondere darf die Dienstverteilung, Festsetzung von Unteroffizieren, Erzieheren, Schießständen usw. nicht erfolgen ohne Zustimmung oder gegen den Einspruch des Beamtenauschusses. Die Einstellung und Entlassung der Beamten erfolgt durch den Beamtenauschuß. 5. Dienststellungen im Stahlhelm fallen mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung weg.

## Der Eigenfeldzug gegen Sowjetrußland.

Konkret hat in Moskau angefragt, ob die in der gesamten kommunistischen Presse verbreiteten Nachrichten über eine Unterstützung der verhassten Mitglieder des Krimischen Hungerantriebes, der keine Mitarbeit bei der Hungerhilfe zu Konterrevolutionären Untertrieben benötigt, auf Richtigkeit beruhen. Konkrete hat auf seine Anfrage folgendes Telegramm erhalten: Die Werbung, wonach die Mitglieder des Krimischen Komitees Hungerdörfer werden seien, ist absolut falsch. Sie sind alle gesund und wohlhabend. Die Untersuchung hat erst begonnen und es liegt kein Grund vor, ein Todesurteil voranzujagen.

# Gewerkschaftliches.

## Valuta und Lohnkämpfe.

Vor einigen Wochen wurde das Brot teurer. Überall im Reich fluderten große Lohnkämpfe auf, weil die Arbeiter mit ihrem Lohn nicht mehr leben konnten. Da trat der ADGB. auf den Plan, erließ Aufruf um Aufruf, leistete gegen die Verteuerung der Lebensmittel und sagte sogar der kapitalistischen Gesellschaft den Kampf an. Viele Arbeiter glaubten, daß der ADGB. die Forderungen der Arbeiterklasse in einem großen Kampfe durchsetzen werde. Doch es blieb bei den großen Worten. Die Herren vom ADGB. hatten andere Sorgen. „Der Bürgerkrieg sollte nochmals vermieden werden.“ In Görlich schloß eine „Arbeiterpartei“ den Burgfrieden mit dem Kapital.

Zwischen Kämpfe die Arbeiterchaft Betrieb um Betrieb, Beruf um Beruf ihren verzweifeltsten Kampf um tägliche Brot. Und doch, so unzusammenhängend, so vereinzelt auch gekämpft wurde, die einzelnen Lohnbewegungen hatten teilweise Erfolge, oft sehr geringe, aber doch Erfolge. Die Unternehmer gestanden einige Mark zu, sie wollten die Kämpfe nicht auf die Spitze treiben.

Wollten auch sie „den Bürgerkrieg vermeiden“? Nein, aber sie hatten alle Hände voll zu tun. Das Geschäft ging. Die deutsche Ware war die billigste auf dem Weltmarkt, sie fand reichenden Absatz. Wie war das nur möglich? Die Getreidepreise waren hoch gestiegen, die Kosten der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters hatten sich erhöht, sein Lohn wurde tatsächlich „aufgebessert“. Die Lösung des Rätsels ist leicht: die Mark stiel!

Die Herren Kapitalisten hatten es tatsächlich bequem, den Arbeitern das zu geben, was sie ihnen zugestanden. Der Unternehmer wußte: Morgen sinkt die Mark. Für seine Produkte bekommt er aber dieselbe Anzahl Dollar. Erhält er die in Papiermark, so findet er, daß er bei der Lohnzahlung besser wegkommt wie früher. Er macht glänzende Geschäfte. Von einem Teil des Profits kauft er sich „sichere ausländische Wertpapiere“, Devisen. Die zahlen keine Steuer. Alle Kapitalisten denken dasselbe. Die Nachfrage ist groß, der Dollar steigt, die Mark sinkt. Und mit ihr versinkt der Arbeiter in immer größerem Elend. Noch geht das Auslandgeschäft, der größte Teil des Proletariats hat Beschäftigung. Doch wenn das ausländische Kapital mit wirtschaftlichen oder politischen Gewaltmitteln die deutsche Konkurrenz zurückbringt, wenn die Absatzkrise eintritt — was dann? Die Krisen, die wir schon erlebt haben, werden sich ungeheuer verschärfen wiederholen.

Sollen die Arbeiter warten, bis die Unternehmer wieder Hunderttausende aussperren? Nein! Schon jetzt müssen die Kommunisten in den Gewerkschaften auf die große Gefahr hinweisen und verlangen, daß alle Vorbereitungen getroffen werden, daß die künftigen Kämpfe der Arbeiterchaft zusammengefaßt werden zu wichtigen Aktionen.

Nur vereint kann die Arbeiterchaft einem reich und übermütig gewordenen Unternehmertum die Spitze bieten.

## Gegen den Terror der Industriellen.

Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, hat die Stadtverordnetenversammlung in Höchst zur Hilfe für die ausgeperrten Arbeiter der chemischen Industrie 250 000 Mark bereitgestellt. Die Kinder und Kranken der Ausgeperrten erhalten Milch auf Kosten der Stadt. Ferner nahm die Stadtverordnetenversammlung eine Entschliekung an, in der sie ihrer Unterstützung über die Brutalität der Industriellen der chemischen Industrie Ausdruck gibt und den Ausgeperrten ihre Sympathie ausdrückt. In Frankfurt gehen die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern weiter.

## Die Lohnarbeiter zur Oppauer Katastrophe.

Eine am Donnerstagabend von Tausenden von Arbeitern besuchte Versammlung in Halle, in der der Abgeordnete

Seinemann-Königsberg sprach, erhob scharfen Protest gegen das skriböse Vorgehen der Unternehmer in Oppau. Es wurde eine Entschliekung angenommen, die Maßnahmen verlangt, ähnlichen Vorfällen für das Deunawert vorzubeugen. Als Vorkehrungsmaßregeln gelten:

Kontrolle der Sicherheits- und Schutzbestimmungen durch Beauftragte der Arbeiterchaft. Abschaffung der Anwartschaft, Einhaltung des Achtstundentages.

In der Diskussion schilberten Lohnarbeiter die planmäßige Durchbrechung der Sicherheitsvorschriften durch die Direktion, die nach vorliegenden Lohnbüchern bis zu 108 Stunden pro Woche arbeiten läßt. In der Versammlung kam der einmütige Wille zum Ausdruck, die Delegation des Deunawertes durch erhöhte Wachsamkeit seitens aller Arbeiter vor einer Katastrophe zu schützen. Als erstes Ziel dazu gilt die Abschaffung der Leberzeitarbeit.

## Streik von 4000 Gastwirtsangeestellten in Berlin.

Die organisierten Arbeiter und Angestellten des Berliner Gastwirtsgebietes haben in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in sechs überfüllten Versammlungen als Antwort auf die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Unternehmer und die angeordnete Massenauspernung den allgemeinen Streik ab Sonnabend mittag 11 Uhr beschlossen.

## Streik im Steffiner Gastwirtsgebiete.

Die Steffiner Gastwirtsgehilfen traten in den Streik, um die Gastwirte zur Anerkennung ihrer Forderungen zu zwingen.

## Die Hamburger Verkehrsarbeiter vor dem Streik.

In einer Urabstimmung über einen Schiedsspruch, der den Hamburger Verkehrsarbeitern nur ein Fünftel ihrer Forderungen bewilligt, wurden 5808 Stimmen gegen den Spruch und 266 für Annahme des Schiedsspruches abgegeben. Am 30. September werden die Verkehrsarbeiter zu einem Streik Stellung nehmen.

## Kampf der Elektriker Hamburgs.

Eine Vollversammlung der Elektriker Hamburgs nahm Kenntnis von der Weigerung der Unternehmer, überhaupt auf die Forderungen der Arbeiter zu antworten. Eine vorgenommene Abstimmung ergab 407 Stimmen für den Streik, 57 dagegen. Die Arbeit ist geschlossen niedergelegt worden.

## Gepannte Lage auf den Schiffswerften.

### Urabstimmung über den Schiedsspruch.

Seit längerer Zeit verhandelten die Vertreter sämtlicher deutscher Werftarbeiter in Hamburg mit der Vertretung der Werftunternehmer über die Forderungen der Werftarbeiter. Da durch die absolut ablehnende Haltung der Unternehmer eine Einigung nicht zustande kam, wurde das Reichsarbeitsministerium angerufen. Der vom Reich eingeleitete Schlichtungsausschuß tagte im Beisein eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums am 23., 24. und 26. September und fällte einen Schiedsspruch, der den Werftarbeitern neben lächerlich geringen Lohn erhöhungen eine Menge außerordentlich großer Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis bringen soll. Die Bedingungen sind für die Werftarbeiter unannehmbar.

Nach gestelltem Spruch wurden die Delegierten der letzten Werftarbeiterkonferenz wieder nach Hamburg berufen, die mit der Zentralvermittlung auf Empfehlung Dittmanns den Spruch annahm, jedoch beschloß, eine Urabstimmung auf sämtlichen Werften entscheiden zu lassen. Die Stellungnahme der Konferenz war nach ihrer Zusammensetzung nicht anders zu erwarten, waren doch neben den 60 gewählten Delegierten 35 Gewerkschaftsangehörige anwesend, die alle Mittel anboten, um die Delegierten zur Annahme des Spruches zu bewegen.

Die Werftarbeiter selbst werden zweifellos den Schiedsspruch ablehnen. Die Werftarbeiter stehen vor der Entscheidung, ob sie sich diesem unannehmerlichen Diktat der Werftgewaltigen unterwerfen oder ob sie mit ihren kämpfenden Bremer Kollegen sich in eine gewaltige Abwehrfront stellen wollen.

Wären sie wieder dem Kampfe aus, besolgen sie wieder Dittmanns Rat, so werden sie schon in wenigen Wochen durch die heute schon unerträgliche Last in noch tieferes Elend hinabgedrückt!

# Preussischer Landtag.

In der Freitagssitzung des Preussischen Landtags wurden kleine Anfragen erledigt. Auf die Anfrage der Sozialdemokraten, was die Staatsregierung zur Verhinderung der Abholzung des Forstes des Gutes Sidenort im Kreise Zeltow zu tun gedenke, erwiderte ein Regierungsvertreter, daß die Kaiserin, eine Hofanwaltschaft, Garantien für eine rationelle Forstkultur und Weiterbewirtschaftung des Gutes gegeben hat. Die U.S.D. hat angefragt, wer die Bekleidung eines Salonwagens für Hindenburg zur Krönungsfest heranzuführen hat, und wer die Kosten trägt. Die Regierung antwortet, daß nach dem Uebergang der preussischen Bahnen an das Reich das Reichsverkehrsministerium zuständig sei. Die Preussische Staatsregierung könne demnach keine Auskunft geben. (Weiterlekt.) Eine ähnliche Behandlung durch die Regierung erfährt die Anfrage der Sozialdemokratie, was gegen den organschleunigen Vollzeipräsidenten von Breslau unternommen sei. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Vollzeipräsident ja in den Ruhestand versetzt worden sei, und er damit die Angelegenheit für erledigt halte. Auf den Jurist, daß dieser reaktionäre Beamte jetzt noch vom Staat durch Pension erhalten wird, geht der Regierungsvertreter nicht ein.

Das Haus legt hierauf die Debatte über die Milchversorgung und die dazu gestellten Anträge fort.

Abg. Peters-Hochborn (Soz.) weist darauf hin, daß die hohen Preise für Käse dazu geführt haben, daß diese geschmachtet werden und die Ausfuhr von Milchprodukten unterbleibt. Es werden unerhörte Mengen Brotgetreide und Milch an das Vieh verfüttert. Von einer Not der Landwirtschaft zu sprechen, bedeutet eine Verhöhnung der Not der häßlichen Arbeiterchaft.

Der Genosse Kilián zeigt auf, daß die sozialdemokratischen Anträge auch nicht die Not, die durch den Milchmangel hervorgerufen ist, beseitigen können. Die Großgrundbesitzer werden sich nie darum kümmern, wieviel Säuglinge an Unterernährung zugrunde gehen. Das beweist die Tatsache, daß sie zur Erreichung ihrer politischen Ziele den lästlichen Lieferungsstreik vorbereiten.

Abg. Jürgensen (U. Soz.) stellt auf einen Jurist der Deutschnationalen fest, daß ein Angeordneter der Rechte die Frechheit besessen hat, den lästlichen Lieferungsstreik offen zu verurteilen. Dafür muß er natürlich einen Ordnungsruf erhalten.

Ein Vertreter des Staatskommissariats für Volksernährung erzählt lang und breit über die Maßnahmen, die von der Regierung zur Erzeugung der Milchproduktion „erwogen“ werden.

Nach der Rede des Deutschnationalen Milberg, der den Lieferungsstreik als ultimo ratio bezeichnet, erhält

Abg. Frau Ege (Soz.) das Schlusswort. Sie weist noch einmal auf die Zunahme der Kindersterblichkeit hin und beantragt die Ueberweisung der vorliegenden Anträge an den Hauptausschuß.

Nach dem Schlusswort der Abgeordneten Frau Ehrhmann (U.S.D.), die noch einmal für die unabhängigen Anträge eintritt, werden die Anträge der U.S.D. und der SPD. an den Hauptausschuß verwiesen.

Hierauf folgt die Beratung der sozialdemokratischen Anträge über die Lösung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften. Der Antrag wird von dem Abg. König-Zwinemünde (Soz.) begründet. Er weist darauf hin, daß nach dem Reichsverfassung schon zwei Jahre in Kraft ist, der Artikel 138, der bestimmt, daß baldigst die Grundstücke für die Erfüllung aufgestellt werden sollen, bis jetzt aber nicht durchgeführt ist. Ein Redner der Deutschen Volkspartei und ein Zentrumvertreter machen auf die „Bedeutung der Religion für den Staat“ aufmerksam. Der deutschnationale Abgeordnete Koch-Dornhausen führt aus, daß eine Trennung von Staat und Kirche überhaupt nicht möglich sei, und verliert sich in langen Ausführungen über die Auslegung der Bibel, da es ihn unangenehm berührt, daß den Deutschnationalen politisch unliebsame Stellen zitiert würden.

Nach einer Debatterede des unabhängigen Abgeordneten Kleinspehn, der darauf aufmerksam macht, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer heutigen Attitude gegen die Erhaltung der Kirche aus Staatsmitteln bisher noch immer die Sozialdemokratie diese Mittel bewilligt hat. Bei Erwähnung des unchristlichen Verhaltens der sich christlich nennenden Reaktionen, die bei der Ermordung Erbbergers „Run danket alle Gott“ geäußert haben, entsteht unter der Deckung große Unruhe.

Das Haus vertagt sich dann auf Sonnabend, den 1. Oktober, 11 Uhr: Weiterberatung: Kleine Vorlagen.

# Beschüler.

Von August Strindberg.

6] Jubelnd, eines Morgens schlenderte Boo in der Stadt umher. Sein Gesicht war ausgeglüht, und er war nicht ganz so froh wie gewöhnlich. Wie er so ging, kam er an die deutschen Wägen am Salzseeufer. Da ging es sehr lärmend her, Eisenstangen klirren, Ketten rasselten, Hunde bellten, Träger schrien; aber mitten in all diesem Gesummel hörte er einen Gesang, der ihn in das höchste Erstaunen versetzte und ihn die Ohren spitzen ließ.

„Kannst du, Kannst du, wer will kaufen Kannen?“

„Wofür glaubst du nicht recht zu hören und hüpfen durch die Volksmasse, die sich um eine Straßenecke drängt. Näher gekommen, sah er eine Stange aus einer Holzbohle hervorstechen, und auf der Stange hingen fünf blaue Zinnkannen nach seinem eigenen Modell. Er schob sich allmählich vor, bis er den Laden erreicht. Da stellte er sich hin, stützte sich auf einen Ellbogen und betrachtete aufmerksam und unablässig den verkauften Deutschen, der die ganze Hude voller Kannen hatte und frisch davon verkaufte.

„Was gaffst du an?“ fragte der Deutsche, dem Boos Blick lästig wurden.

„Ich verstehe dich“, antwortete Wofse.

„Wißt du eine Kanne kaufen?“

„Ich will nichts kaufen“, antwortete Wofse.

„Dann geh deiner Wege!“

Wofse fuhr den ganzen Vormittag fort, den Deutschen zu betrachten.

„Worauf wartest du?“ fragte ein Eisenträger Wofse.

„Auf einen Zinnkannenschläger“, antwortete er.

Es kam kein Zinnkannenschläger aber es war doch sehr lebhaft im Rathaus hergegangen. Der Herrmann der Kannengießer war schämend vor Jörn zum Bürgermeister hinaufgekommen und hatte um einen Zinnkannenschläger gebeten, um dem unerlaubten Eingriff in die Vorrechte des Rates zu begegnen. Der Bürgermeister hatte auch geschämmt, aber erklärt, nichts bei der Sache tun zu können, weil die Deutschen ihre vom König bestätigten Handelsvorrechte besäßen; er könne nur zum Schweigen raten und dazu, kein Mißvergnügen zu zeigen; das hieße nur noch den Deutschen ein Vergnügen bereiten.

Als die Hude am Abend geschlossen wurde, ging Wofse heim zu seiner Mutter in die süßlichen Berge und grübelte darüber, was er gesehen und gehört hatte; und als er nachts einschlief, dachte er:

„Zum Teufel, wie die meinen Kannen glücken!“

Wofse hatte als Entgelt für Nachtherberge und etwas Essen es übernehmen müssen, die Kuh der Alten zu hüten, solange sie selbst unten an der See wusch. Um sich die Mühe zu erleichtern, hatte er entdeckt, daß man das Vieh an einen Stein binden konnte; da aber das im Widerspruch mit den Grundsätzen der Alten und aller vernünftigen Viehzucht stand, weil das Tier dadurch gehindert wurde, die besten Stüde auf der dürftigen Bergweide auszuwählen, sah Wofse sich bald in die Lage versetzt, an den Berghängen umherhüpfen zu müssen, was ihm sehr beschwerlich war.

Aber heute morgen, es war ein schöner Herbstmorgen, hatte das verwünschte Tier sich recht satt gefressen und legte sich aufs Moos nieder, um wiederzukäuen, was es häufig beschlagen hatte. Wofse benutzte die willkommenen Gelegenheit, um sich niederzulegen und nachzusinnen. Er dachte zuerst, wie glücklich es hier in der Welt für einen Buckel bestellt wäre, wenn die Kühe im Liegen fressen könnten; die konnten ja weiterkriechen, wenn sie den Boden abgegrast hätten, dann bräuheten sie sich nicht zu erheben und mit vorgefertigtem Halse weiterzugehen; und er begriff nicht, wie diese Tiere es ertragen konnten, beständig das Blut im Kopfe zu haben, wenn sie im Liegen; er wollte sehr gern einige Verbesserungen in der Lebensart dieses Viehs einführen. Darauf wunderte er sich, warum Gott die Deutschen Zinnkannen verkaufen ließ, während er, der Dackler, es nicht tun durfte. Dann guckte er hinaus über die Salzsee und die Schiffsbrücke mit den vielen Fahrzügen, die deutsche und lässliche Flaggen trugen, und er fragte sich selbst, ob nicht der Deutsche die Formen zu seiner Kanne geformt hätte. Auf diese Frage antwortete er unbedingte ja; aber der Schmerz über das erlittene Unrecht wurde bedenklich gemindert, als er an den Schaden dachte, der dem wohlthätigen Kannengießeramt zugefügt wurde.

Er hatte den Strid fest um die rechte Hand gewickelt und lehnte sich gemächlich mit dem Rücken gegen einen Stein. Die Kuh kam so einformig, die Sonne schien so warm, der Stein war zufällig insofern eines üppigen Mooswuchses so weich, und Wofse war so müde, nachdem er den vorigen Tag am Abend die herumgelungert, daß er in einem wohlthuenden Schummer fiel. Und er träumte so schön von einer Kuh, die in einem gemachten Bett lag und zwischen roten Riee fraß und dazu aus einer Zinnkanne rheinischen Wein trank, der 5 Prozent Weizen enthielt, und dann kam eine Schlange und kroch über das Kopf; als Wofse sie aber fassen wollte, schlangelte sie sich zwischen seinen Fingern hindurch und verschwand in der süßlichen Flagge, und damit war sie fort, und es klang, als wenn man eine ganze Wäpfe aus dem vierten Stockwerk fallen gelassen hätte, was von einem brennenden Schmerz im Rücken begleitet wurde, so daß Wofse erwachte.

„Wo ist die Kuh?“ schrie die Alte, die mit hochgehobener Krücke da stand.

„Sie liegt dort“, sagte Wofse und holte nach dem Strid, aber der Strid war fort.

„Wo liegt die Kuh?“ zischte die Alte.

„Ja, nun wußte Wofse, wo sie lag. — Jammer und Elend; es war nicht drei Klafter bis zum Abgrund, und da lag sie. Er kroch auf Händen und Füßen bis an den Rand und schaute in die jähe Tiefe hinunter.

„Ist sie da?“ zischte die Alte.

„Sie ist da“, antwortete Wofse traurig.

„Run?“

„Ich glaube nicht, daß sie lebt! Sie sieht aus, als wäre sie geplagt!“

Es war eine große Trauer oben in den süßlichen Bergen, ebenso groß beinahe wie damals, als Vater starb. Auch der Schwächer wollte das Vieh nicht kaufen, da es so schwer beschädigt sei. Die Alte weinte und zerraupte sich drei Tage lang. Darauf trodnete sie ihre Tränen und fing an, Fleisch zu salzen, Wurst zu stopfen und Lungenmus zu hacken. Und dann sah man Fleisch jeden einzigen Tag, und der Kummer war so groß: nie hätte man geglaubt, daß es so schwer wäre, Fleischstücke durchzumachen. Winter mußte die Alte auf und Wofse durchschleichen, um ihrem Kummer Luft zu machen; und er nahm es hin und schwieg, denn er wußte, daß es die Alte beruhigte.

Eines Tages, das Fleisch war zu Ende, und die Alte auch, saßen Wofse und seine Mutter draußen vor der Hütte und sahen auf die lärmende Stadt unten in der jähen Tiefe hinab. Und sie waren sehr traurig. Da lohen sie einen Mann den Berg heraufgelaufen kommen. Es war ein ansehnlich gekleideter Mann mit verständigen Augen und rotem Bart. Als er Wofse erblickte, war er sehr erfreut:

„Ich bin so froh, den Gesellen zu sehen! Ich habe alle Berge abgerannt, um ihn zu finden! Ach, Herr Jesus, wie wird mir das Sehen schwer! Run, Wofse, ich habe von einem Geschäft zu sprechen. Das ist eine Mutter; na, da mag sie's hören!“

Wofse hat den Kaufmann, sich zu setzen, und wachte sich bereit, zu kaufen.

„Seht, ich heiße Kaufmann Agur und handele mit Kannen, die ich von Süden beziele.“

„So, daher besteht ihr hier?“ fiel Wofse ein.

„Ja, ich laufe sie dort! Aber sie werden mir zu teuer!“

„Sag mir, wofür wollt ihr die Kannen machen?“

„Hört mal, wer hat gesagt, daß ich überhaupt Kannen machen will?“ sagte Wofse.

(Fortsetzung folgt.)

# Breslauer Nachrichten.

## Konterrevolutionäre Umtriebe im Landeshaus.

Orgeßch verschiebt noch immer Waffen.

Kürzlich wurde eine Zusammenstellung der Ententeüberwachungskommission veröffentlicht, wonach ungeheure Mengen von Waffen und Munition aus den deutschen Heeresbeständen vernichtet seien. Es wurde mit Recht betont, daß die Bestände, die noch verborgen sind, absolut nicht ausreichen, um den Plänen verbrechtlicher Reaktionen nachzugehen, Deutschland in die Lage zu versetzen, sich in eine kriegerische Aktion mit der Entente oder ihrem Anhang einzulassen. Auch wir sind der Meinung, daß das Verbot der Rechtsparteien von der Notwendigkeit, die drückenden Bedingungen des Versailler Friedensvertrags mit Waffengewalt von uns abzuwälzen, leeres, bloßes Gerede ist, und daß eine solche Erhebung auszugehen würde wie das Hornberger Schießen. Wir Kommunisten vertreten die Meinung, daß Deutschland die Kriegsschuldlast nur mildern und beseitigen kann, indem es zunächst im Innern die Kriegsgewinnler, Kapitalisten und Junker ihres zusammengeraubten „Eigentums“ entäußert und wenn es als eine wirkliche Republik der Arbeitenden gemeinsam mit dem Volk der Arbeiter und Bauern die Kapitalisten in die Schranken weist. Wir wissen, daß auch ein wirklich sozialistisches Deutschland nicht von heute auf morgen von den Lasten des Krieges befreit wird. Deshalb muß die internationale Politik des Proletariats eingestellt werden nicht auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zur Aufrichtung des kapitalistischen Systems, sondern auf dem Boden des Klassenkampfes die Bourgeoisie bekämpfen.

Wenn die Masse des Volkes schon einseht, daß eine bewaffnete Aktion gegen die Entente unmöglich ist, so ist es unsio verwunderlich, daß die verschiedensten Organisationen der Konterrevolution noch immer ungeschwächt ihre Künste betreiben. Diese Künste betreiben jene Kreise aber nur, um in erster Linie das Proletariat niederzuhalten, und in zweiter, der Wiederkehr des alten Regimes, der Monarchie, die Wege zu ebnen.

Wenn es auch scheint, daß die Reaktionen durch den Aufmarsch des Proletariats nach der Ermordung Erzherzogs etwas vor dem Kopf gestochen sind, so beweisen die Vorgänge in der letzten Zeit hier und im Reich, daß diese Banditen im geheimen noch immer rüsten und eben einen günstigen Moment abwarten. Die von den Sozialdemokraten zur Koalition für würdig befundenen Großkapitalisten der Deutschen Volkspartei sind noch immer die Hauptgeldgeber für Selbstschutz und reaktionäre Mörderorganisationen vom Schlage des Oberleutnant Förster in Breslau.

Neben Bayern ist besonders Schlesien ein Herd konterrevolutionären Gesindels. Unter der Maske des Selbstschutzes für Oberschlesien, als Abwühlungs- und Hilfsbeförderungsgesellschaften, als Arbeitsgemeinschaften à la Hoffmann und Hubertus treiben sie ihr gefährliches Handwerk. Das Komitee des Selbstschutzes für Oberschlesien läßt diesen Gesellen, ob bewußt oder unbewußt, immer noch gewissen Schutz durch alle möglichen Behörden zuteil werden.

So wurde uns eine Mitteilung gemacht, daß im Schlesischen Landeshaus eine ganze Gesellschaft von solchen reaktionären Gesindeln zusammengekommen ist. Als einer der ersten der Leiter der Mörderzentrale Oberleutnant Förster, Oberleutnant Grünauer vom Selbstschutz, Major v. Garnier, der auf seinen Gütern in Reichenberg Hunderte von Selbstschutzleuten arbeitslos unterkommen gegeben hat, Leutnant Leuschow, der „Direktor“ der Tagbau-G. m. b. H., die die Waffen für diese Gesellschaft wieder in Ordnung bringt, und die erst vor einigen Tagen einige Panzerjagdschiffe und Wagnons zur Reparatur erhalten hat. Als weitere Teilnehmer nennen wir den Grafen Pfeil, der nach dem Bankrott seines Industriebetriebes in Schlesien „Aulos“ sich bei seinen Freunden ein neues Tätigkeitsfeld gesucht und auch gefunden hat. Leutnant Fühmann und ein Herr v. Kessel aus dem berühmten Viktoriahotel, in dem auch die beiden Waffenschlepper, die der SPD für 25000 Mark Waffen verkaufen wollten und dabei elende Prügeln erlitten, verkehrten, ergänzen diese noble Gesellschaft.

Neben verschiedenen anderen Sorgen berichten sie u. a. darüber, wie ein großer Waffentransport ungehindert von Bries nach Breslau zuhandeln könne. Diese Waffen, verschiedene M.-G., Eierhandgranaten, 500 Gewehre und Karabiner, Pistolen usw., sind inzwischen mit Autos nach Breslau gebracht worden.

Ob diese Waffen der Treuhändergesellschaft übergeben werden. Ob der Direktor und Leutnant der Tagbau-Sci. Leuschow, der ja mit der Treuhändergesellschaft Anfrage bekommt, diese Sachen zum Einbüchsen bekommt?

Sie sind der festen Überzeugung, daß die Kriminalpolizei und daß die Organe des Oberpräsidiums, die ja so viele Kräfte frei hatten, um eine kommunistische Käterepublik Schlesiens zu konstituieren, viel zu wenig ihre Aufmerksamkeit auf diese Gesellschaft lenkt und mit viel zu wenig Kraft darangeht, dieses Weibchen anzupacken.

Sie hoffen, daß der „Gewerkschaftler“ obgenannter Herren etwas mehr nachgegeben wird. Es liegt nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch in dem der Republik, daß derartige Elemente inhaftiert werden.

## Aus der Provinz.

### Die Weibchensdemonstration vor den Geschworenen.

Die politische Polizei besperrt die Sozialdemokraten im Oberpräsidium und unterhält zu diesem Zweck bezahlte Agenten. Aussage über einen Überfall auf den Delegierten der Presseabteilung im Oberpräsidium im D-Zug Berlin-Breslau wird wegen Gefährdung der Staatssicherheit verweigert.

Vor dem Schöngericht Breslau begann am Freitag der Landfriedensbruchprozess gegen den Genossen Josef Klein (Eugen Schöner), der in der Vernehmung auf dem Schöngericht am dritten Verhandlungstage 1920 als Richter der SPD zu Weibchensdemonstrationen angeordnet haben und der in letzterem Ueberfall des Zusammenstoßes der Panzerbrigade mit der Landfriedensbrigade eine Rolle gespielt haben soll.

Die Erwidrerung des Genossen Klein auf die Pulverfrage des Oberstaatsanwalts haben wir bereits in der Nummer 218 vom 29. September gebracht.

Unter der Aufsicht von zirka 30 grünen Polizisten wird die Sitzung eröffnet. Gleich bei der Auflösung der Geschworenen zeigt sich mit aller Kraft das Gesicht der Klassenjustiz selbst bei dem „dem Volksempfinden entgegenkommenden“ Schöngericht. Unter den ganzen 26 Geschworenen ist nicht ein einziger Arbeiter oder ein direkter Gehalts- oder Lohnempfänger. Mittergutsbesitzer, Fabrikanten, Kaufleute, Bankiers und Rebalteure deutschnationaler Zeitungen („Schlesische Zeitung“) zieren die Bank der Geschworenen und sollen über die Empfindungen hungernder Arbeitslosen und letzten Endes über die kommunistische Partei zu Gericht sitzen.

Von der Anklagebehörde sind der bekannte Kommissar Loh mit einigen seiner Trabanten, ferner zirka 12 Sipolente vom Hauptmann bis zum Unterwachtmister geladen. Die Verteidigung hat eine größere Anzahl von Arbeitern geladen, die Teilnehmer an der Demonstration gewesen sind. Ferner hat sie zur Begutachtung, ob es möglich ist, reibungslos eine Demonstration aufzulösen, wenn das Verbot erst überreicht wird im Augenblick des Zusammenstoßes, mehrere sozialdemokratische Führer, u. a. Landtagsabgeordneter Th. Müller, geladen. Ferner hat die Verteidigung geladen den Oberpräsidenten Zimmer und einige seiner Beamten, um die Beweisaufklärung vorgelegter sozialdemokratischer Behörden durch Organe des Polizeipräsidenten Marzulegen.

Verteidiger sind Rechtsanwälte Simon und Th. Lieberich-Berlin.

Beim Aufruf der Zeugen erklärt der sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer, ohne Genehmigung des Innenministers keine Aussage machen zu können. Bezeichnend ist, daß Zimmer auch den beiden Mitgliedern der Pressestelle beim Oberpräsidium (einem Ableger des Weismannschen Ordnungskommissariats) Kralla und Dr. Bräuer die Genehmigung der Zeugen aussage verweigert.

Bei der Personalstellung erklärt der Angeklagte, Genosse Klein, daß er sich dieses Namens nur bedient habe, weil er vor dem Stapp-Rußisch und danach von der Behörde verfolgt wurde. Diese Verfolgung, die trotz der Amnestie noch immer fortgesetzt wurde, habe ihn dazu veranlaßt, Genosse Klein bekannt zu machen, daß er eine zweijährige Festungshaft, die er auf Grund politischer Betätigung vom außerordentlichen Kriegsgericht erhalten habe, deren Vollzug aber durch die glorreiche Novemberrevolte nicht zur Ausführung gekommen sei. Daselbe sei mit einer Strafe von acht Monaten schweren Kerkers in Wien der Fall. Dort sei er auf Intervention des Arbeiter- und Soldatenrates herausgelassen.

Genosse Klein stellt zunächst den schon oben gekennzeichneten Charakter der Klassenjustiz fest, die sich aus der Geschworenenbank ergibt. Er charakterisiert die Schamlosigkeit der bürgerlichen Presse, die aus der Annahme eines anderen Namens konstruiert, daß kommunistische Führer Vagabunden seien. Selbst die „Volkswacht“ konnte es sich nicht verheissen, seinerzeit im ähnlichen Sinne zu schreiben. Genosse Klein schildert die damaligen politischen Verhältnisse, die zu den schärfsten Kommunistenverfolgungen geführt haben. Die Abstimmung in Oberschlesien, die von den Deutschen befürwortete Abtrennung von Oberschlesien hat dazu geführt, daß in Schlesien unter der Protektion aller Behörden verbotene militärische Geheimorganisationen gebildet wurden. Durch die Führer dieser Geheimorganisationen kam diese Bewegung in reaktionäre Hände, und es zeigte sich immer mehr, daß diese Truppenverbände zu einem neuen Völkervertrag führen mußten, das letzte Endes diese monarchistischen, allerdings ziemlich großen „Zellen“ gebildet werden sollten, um die Republik zu stürzen und das glorreiche wilhelminische Zeitalter wieder aufliegen zu lassen. Gegen diese Bestrebungen wandte sich die SPD, und fand dabei die Unterstützung der großen Masse der Arbeiter. Neben dieser reaktionären Strömung benutzte die Arbeiter das Einsehen der Technischen Röhlfabrik beim Streik der Staats- und Gemeindefabrikanten. Wer auch die Arbeitslosen, die durch den Winter besonders stark litten, waren erbittert, daß der Staat, die Gesellschaft, die Millionen zur Unterdrückung des Proletariats übrig hat, für sie so gut wie nichts tun. Diese ganze Situation veranlaßte die kommunistische Partei, die Demonstration gemeinsam mit dem Erwerbsloserrat einzuberufen. Wenn die Anklage behauptet, daß er in hebräischer, aufreizender Weise gesprochen habe, so erkläre er, daß die SPD Gewalttätigkeiten zur Erreichung ihres Zieles ablehne. Sie erkenne wohl die Notwendigkeit, unter Anwendung von Gewalt im letzten Kampfe gegen die Bourgeoisie zur Eroberung der Macht und zur Erhaltung derselben. Diese Erkenntnis basiert auf der gesellschaftlichen Erkenntnis, daß herrschende Klassen niemals freiwillig ihre Position preisgeben, selbst dann nicht, wenn die Mehrheit des Volkes unzweifelhaft den Abtritt der Bourgeoisie verlange. Es sei blöde von der Anklagebehörde, in jeder kommunistischen Demonstration einen Aufbruch zu sehen. Die Breslauer Polizei habe, allen Gespöchlichkeiten zuwider, die Demonstration nicht nur durch Plakatierung verboten, sondern auch durch einen Unterbeamten, obwohl Loh und Polizeipräsident Liebermann entgegen waren, das Verbot dem Reiterkreis erst übergeben, als die Massen schon in Bewegung waren. Weil er (Klein) nun nicht sofort die Tausenden zum Stehen gebracht habe, sei er Mädelführer und Friedensbrecher. Dabei ist es, daß er und die anderen Funktionäre sofort an die Spitze gestellt seien, um die Kollision mit der Sipol zu vermeiden. Aber schon drei Minuten nach Ueberreichung des Verbots sei durch Reiterkreise und durch Fußsoldaten der Zusammenstoß dagewesen. 6 bis 7 Minuten nach Ueberreichung des Verbots ist die erste Salve, die angeblich als Schredmittel gegeben sei, gefallen. Bei dieser Salve wurden ein Arbeiter getötet und mehrere verwundet.

Es ist also fest, daß die Polizei direkt darauf anging, einen Zusammenstoß herbeizuführen, weil sie wußte, daß der Einbrecher nicht Klein, sondern die Organisation, deren Sekretär vor dem Reiter mit dem Loh gesprochen habe, sei.

Nicht Klein, sondern der Kriminalkommissar Loh und der Polizeipräsident Liebermann seien für den Zusammenstoß verantwortlich und müßten sich wegen Landfriedensbruchs auf der Anklagebank verantworten.

Bezeichnend für die grundsätzliche, aber Verfassungshohnsprechende Verfolgung der Kommunisten sei die Inhaftierung der Kommunisten vor und nach der Verhandlung.

Am Grund einer gefundenen Liste der Vorsitzenden der Ortsgruppe hat der Kommissar Loh 40 bis 50 Kommunisten auf telephonische Anweisung in ganz Schlesien verhaften lassen und sie als kommunistische Späher in das Untersuchungsgefängnis einliefern lassen.

40 Monate Untersuchungshaft sind verhängt, ohne daß gegen einen Angeklagten politische Beweise vorliegen. Bis auf acht Mann sind alle entlassen.

Als erster Zeuge wird der Dezent der Pressestelle beim Oberpräsidium Kralla vernommen. Zunächst wird zu Protokoll festgestellt, daß er nur gegen Polizeibewachung angeheft ist, und zwar als ein Beamter des Ordnungskommissars Weismann. Er betont, daß er dem Oberpräsidenten unterworfen ist. Auf welches Eid er verpflichtet ist, kann er nicht angeben. Aussage verweigert er, soweit sie die politische Angelegenheiten betreffen.

Als Hauptbelastungszeuge wird dann vernommen der Kriminalkommissar Loh. Die Verteidigung widerspricht der Beweisaufklärung, da Loh als wahrer Urheber des Zusammenstoßes zu betrachten sei, und von der Verteidigung ebenfalls gegen ihn Strafantrag wegen Landfriedensbruchs gestellt wird. Der

Zeuge Loh, der über seinen Bildungsgang befragt, erklärt, daß er von der Dorfschule zum Militär, vom Gemeinen bis zum Feldwebel gekommen sei, macht in der Tat einen solchen Eindruck. Davon spricht sein Verhalten gegenüber dem Angeklagten und der Verteidigung. Loh erklärt, daß schon am Vormittag des 8. Feiertags das Demonstrationsverbot erlassen sei. Er habe das „Gefühl“ gehabt, daß die Rede Klein hebräisch und geeignet sei, die Menschen zu Gewalttätigkeiten anzureizen. Auch habe Klein gesagt, die Arbeitslosen sollen sich holen, was sie gerade brauchen. Daß diese Auffassung nur in dem subalternen Gehirn des Loh Platz greifen konnte, bestätigt später selbst Präsident Liebermann, der etwas derartiges nicht gehört hatte.

Auf den Vorhalt des Verteidigers Lieberich, Verordnungen der Polizei müßten präventiven (vorbeugenden) Charakter haben, erklärte Loh, daß er durch das brüske Benehmen der Angeklagten davon Abstand genommen habe, vor dem Reiterkreise das Verbot zu überreichen. Loh gibt an, daß er nach Uebergabe des Verbots ins Schloß gegangen sei, um „bei den in-Frage kommenden Stellen“ zu fragen, wie weit die Uebermittlung gelungen sei. Daraus ergibt sich, daß der ganze Zusammenstoß ein abgekartetes Spiel gewesen ist.

Auf die Frage des Gen. Klein, ob Loh verschiedenen Epikeln Affordlöse für Nachrichten über die SPD.

gegeben habe, verweigert er plötzlich die Aussage. Die nachgesuchte Genehmigung vom neuen Polizeipräsidenten wird nicht erteilt.

Auf die Frage, ob Loh Agenten bezahlt habe, die die Sozialdemokraten im Oberpräsidium besperrt haben, erklärt er nach langem Zögern, daß er nach den Forderungen der Agenten diese bezahlt habe, ohne bei Beträgen bis 500 Mark Nachprüfungen vorgenommen zu haben.

Geldmittel standen ihm unbeschränkt zur Verfügung.

Auf Befragen erklärt Loh, daß er wohl Nachrichten, die sich auf die Tätigkeit der Sozialdemokraten im Oberpräsidium bezogen, entgegengenommen und sie weiter verfolgt habe. Er erklärt, daß die Herren Kralla und Dr. Bräuer nur Angehefte seien und „deshalb eine Besperrung von Beamten nicht in Frage käme“. (I. D. Red.) Als der Angeklagte und die Verteidigung erklären sich zu stellen, daß Loh im Interesse der Mörderzentrale gearbeitet habe, daß er das Geld des Innenministers verwandt habe, um Beamte dieses Ministers zu besperrn, streitet er dies ab mit einem

Wid, der besagt: ich lüge doch.

Der nächste Zeuge, Oberpräsident Zimmer, erklärt, daß er keine Aussagen machen könne. Aber die Frage, ob er als Sozialdemokrat besperrt sei, verweigert er die Aussage. Er bestreitet es nicht ausdrücklich.

Zeuge Kralla erklärt, daß er als Privatmann nicht besperrt wurde, darüber, inwieweit eine Besperrung von Organen der Breslauer Polizei statgefunden habe, verweigert er die Aussage, bestreitet aber nicht, daß er besperrt ist. Auf Vorhalt des Angeklagten,

ob er in der Nacht vom 5. zum 6. Juli ds. Jz. im D-Zug Breslau-Berlin von einem Agenten des Kriminalkommissars Loh in der Absicht, ihm wichtige Akten zu rauben, überfallen worden sei, —

verweigert er, weil dies

eine hochpolitische Angelegenheit sei und die Aufdeckung die Staatssicherheit gefährden würde,

die Aussage. Den Überfall selbst bestreitet er nicht. Die Verhandlung geht weiter.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlags- und Druckerei: G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichs-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW 48.

### Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garant mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8 bis 14 Tagen. Zahlreiche Bauschriften. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.

**F. Müller, Heilkräuter, Bremen.**  
Große Krummensstraße 23.  
Sprechstunden 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

### Liedlich-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr.  
Das große **Oktober-Programm.**

## Lebensmittel - Großhandlung

# Max Schönfelder

Breslau, Albrechtstraße 36

In letzter Stunde erinnere ich nochmals an die ins Wirtschaftsleben tief einschneidenden neuen Steuern, die augenblicklich zur Beratung stehen und auf sehr wichtige Lebensmittel gelegt werden sollen. Ich stelle mein Lager von Kaffee und Tee trotz der enorm gestiegenen Preise wie bisher zum Verkauf:

Rohkaffee, p. Pfd. M. 19,—, 21,—, 24,—, 26,— u. 28,—  
Röstkaffee, p. Pfd. M. 22,—, 24,—, 26,—, 28,— u. 32,—  
Tee, p. Pfd. M. 26,—, 30,— und 32,—

(Von Kaffee und Tee bleiben für den Privathaushalt je 10 Pfd. von der Nachverzollung befreit.)

Infolge der enorm gestiegenen Schmalz-, Speck- und Talgpreise dürfte das bei mir zum Verkauf kommende

- allerfeinste Bratenfett per Pfund M. 16,—
- für den Haushalt von allergrößtem Interesse sein.

Dieses Bratenfett ist nicht zu verwechseln mit dem im Handel befindlichen Kunstspeisefett, sondern dies ist reines Braten-Abschöpfel. Es empfiehlt sich zum Einkauf Gefäße mitzubringen.

Gute Leberwurst, per 2 Pfd.-Dose M. 7,25, bei 5 Dosen à M. 7,—

Prima Delikates-Rückenspeck per Pfd. M. 18,—

In amerikanisches Schweineschmalz p. Pfd. M. 17,50

Rindertalg, hervorragende Qualität per Pfd. M. 15,—

Margarine, frische Zufuhr per Pfd. M. 12,—, 13,— und 14,—

Margarine, Marke „Weißer Rabe“ per Pfd. M. 18,50

Sämtliche anderen Artikel zu den äußersten Tagespreisen.

### Verkauf und Versand nur Albrechtstr. Nr. 36

Filialen unterhalte ich nicht!